

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 2/13

Juni 2013

14. Jahrgang



Auf ein Wort

unseres Bundesvorsitzenden Detlef Klicker:

Liebe Weggefährten,
im Saarland rückt der Kommunalwahlkampf 2014 immer näher. Unsere Wahlchancen stehen z. B. in Völklingen hervorragend, auch Dank des unermüdlischen Einsatzes unserer Freunde vor Ort. In der Bevölkerung werden wir vor allem geachtet wegen unseres gradlinigen Eintretens für den Erhalt des Ortsteilnamens „Hermann-Röchling-Höhe“.

Doch alle unsere Aktionen kosten natürlich auch viel Geld, wobei die Finanzierung aus dem jährlichen Mindest-Mitgliedsbeitrag von 12 € sich nicht einfach gestaltet. Deshalb bitte ich die Mitglieder des Landesverbandes der FBU Saar, sich zu überlegen, ob das eigene Budget nicht vielleicht doch eine kleine Erhöhung des Beitrages zulassen würde? Darüberhinaus erhalten unsere lohn- und einkommensteuerepflichtigen Bürger bei Spenden oder auch dem Mitgliedsbeitrag über die Hälfte dieses Geldes vom deutschen Staat wieder zurück. Vielleicht ist dies auch ein kleiner Anreiz? Falls Sie sich zu einer Aufstockung Ihres Mitgliedsbeitrages entscheiden könnten, so lassen Sie das bitte den Landesvorsitzenden Herrn Rupp wissen (Tel.: 06831-3554). Falls Sie aber lieber eine Einzelspende vorziehen, so finden Sie die Bankverbindung im „Impressum“ dieser Ausgabe.

Auch bitte ich Sie von Herzen für den Erhalt unseres Wassers zu werben *und* zu kämpfen, denn

Wasser ist für alle da!

Nicht genug mit der europäischen Totgeburt „Euro“, dem E10-Lebensmittel-Sprit, der 22stelligen Kontonummer ab 2014, nein, jetzt will uns die CDU-FDP-Regierung auch noch das Wasser abgraben. - Im Norden Portugals wurde das Wasser privatisiert. Seitdem sind in Pacos de Ferreira die Wasserpreise auf das Vierfache(!!!) gestiegen. Und nun plant die EU, auch uns, den Deutschen, das Wasser wegzunehmen. Französische Großkonzerne wie Veolia und GDF Suez stehen schon auf dem Sprung, um Herren des deutschen Wassers zu werden.

In Großbritannien führte die Privatisierung des Wassers (wie schon in Berlin) bereits zu einer enormen Kostensteigerung. Trotzdem werden leckgeschlagene Rohrleitungen kaum noch repariert: In London z. B. versickern 40 Prozent des Wassers im wahrsten Sinne des Wortes im Sand. In Pakistan herrscht Nestlé über das Wasser. Die Nestlé-Plastikflaschen vermüllen mittlerweile das halbe Land. Menschen, die das teure Nass nicht bezahlen können, sitzen neben den Nesté-Pumpen und trinken aus Kloaken.

Doch nicht alle CDU'ler wollen bei dieser EU-Richtlinie zum Verräter am eigenen Wähler werden. **Die CDU-Abgeordnete Sabine Verheyen ruft** in der *Funk-Uhr* vom 12.04.2013 auf:

Kämpft gegen „privates Wasser“!

„Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Ohne Wasser kann der Mensch nicht leben,... zumal die Versorgung in den Kommunen vorbildlich ist... Die politische Weichenstellung findet 2013 statt... Ich rufe deshalb alle Bürger auf, sich an einer europäischen Bürgerinitiative zu beteiligen und gegen die Privatisierung zu unterschreiben. Unterschriften können online unter www.right2water.eu (bitte weitergeben!) geleistet werden. Auch Formulare, mit denen sich Unterschriften sammeln lassen, können von dieser Seite runtergeladen werden.“ Werte Bürger, setzt Euch an den Computer und kämpft mit Eurer Stimme für unser lebensspendendes Nass. Denn sonst werden wir wie die Portugiesen kräftig zur Kasse gebeten werden.

Es geht weiter mit dem Euro, heute: Das unendliche Desaster

Ein Leser hat sich an die Redaktion gewandt mit der Meinung, daß Deutschland doch beim Export in die EU-Staaten vom Euro profitiere. - Schön wäre es, aber die Wahrheit ist, daß keinem Land der Euro-Zone der Euro so geschadet hat wie Deutschland. Vor der uns ungefragt aufgezwungenen Einheitswährung gingen 46 Prozent der deutschen Ausfuhren in die späteren Euro-Länder, in 2011 waren es 40 Prozent und in 2012 unter 39 Prozent. Das bedeutet, dass die Länder des Euro für den deutschen Export immer mehr an Bedeutung verlieren, während die Geschäfte außerhalb des Euro-Raums für Deutschland besser gehen!

Das Schlimmste aber ist, daß die in den Euro-Raum gelieferten Waren nicht bezahlt werden, sondern daß die Euro-Länder nur noch „anschreiben“ lassen. Waren, die wir nicht in der Export-Statistik, sondern richtiger in der „Geschenke-Statistik“ führen sollten. Laut dem ifo-Institut (April 2013) beträgt die anteilige Haftungssumme Deutschlands bei der EZB 694 Mrd. Euro. Das ist das Zweieinhalbfache der jährlichen Steuereinnahmen des Bundes. Wie bisher schon werden die Euro-Länder auch künftig nicht in der Lage sein, ihre Schulden bei uns zu bezahlen, falls sie es überhaupt wollen. Die größten Verlierer des Euro sind damit unzweifelhaft die deutschen und die österreichischen Arbeitnehmer und der für alles zur Kasse gebetene fleißige Steuerzahler. Ein anderer Leser kritisierte den Begriff „EUdSSR“ als *zu giftig*. Deshalb an dieser Stelle ein Zitat von Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande: „Wenn sich ein Land den EU-Verträgen verpflichtet, dann ist das lebenslänglich“. Kein Recht auf Austritt? Das hat mit Völker-, Staats- und Menschenrechten nichts gemein. Das ist Unterdrückung pur, eben wie seinerzeit in der UdSSR. Deshalb ist es angebracht, die EU als EUdSSR zu bezeichnen.

„Mutti“ Merkel macht Demokratie und Volksherrschaft endgültig putt!

Wie sagte die (scheinheilige) Angela: „Fällt der Euro, fällt Europa!“ Schweden, Dänemark, Großbritannien, Ungarn und Tschechien gehören nicht zum Euro-Club. Sie sind deshalb auch keine schlechteren Europäer. Nein, Frau Kanzlerin: Nicht Europa fällt mit dem Euro, sondern Sie und Ihre Partei! Das zu vermeiden - darum geht es Ihnen! Richtiger ist doch: „Fällt der Euro, fällt der EU-Bürokratismus, fällt die Entdemokratisierung Europas!“

Die im Europäischen ESM-„Vertrag“ von der Eurokratur erzwungenen Zahlungen von Deutschlands Steuerzahlern an die Banken und Euro-Staaten sind der schwerste **Bruch des Grundgesetzes** seit Anbeginn der Republik. Weil das Bundesverfassungsgericht am 12. September dem „Vertrag“ in wesentlichen Teilen zugestimmt hat, ist Deutschland seit 2013 zur *grenzenlosen* Ausplünderung freigegeben. Die Deutschen sind die Sklaven der Südstaaten.

Die Verfügungsgewalt über die deutschen Steuergelder obliegt nicht mehr dem Deutschen Bundestag, sondern den „Führern“ im ESM-Gremium, den Direktoren (Geschäftsführern) und den Gouverneuren (Aufsichtsräten). Sie sind die apokalyptischen Reiter der Hypothekenkrise, der Bankenkrise, der Währungskrise, der Systemkrise und der Staatsschuldenkrise.

Aber es kommt noch schlimmer: Sollte sich unser Parlament weigern, irgendwelche Rechte nach Brüssel zu übertragen, dann kann die EU-Kommission nach Art. 352 der EU-Verfassung (AEUV) die Souveränität eigenmächtig an sich ziehen: „Erscheint ein Tätigwerden der Union... erforderlich,... und sind... die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, **so erlässt der Rat...** auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments **die geeigneten Vorschriften**.“ Die Zustimmung der nationalen Parlamente ist dabei nicht erforderlich. Das große Politbüro in Brüssel entscheidet. Damit sind **Demokratie und Volksherrschaft endgültig beseitigt!**

Ungewollt bestätigte das sogar der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, als er einmal in seltener Selbsterkenntnis sagte; wenn die EU ein Staat wäre, dürfe man sie wegen ihrer Demokratiedefizite niemals in die EU aufnehmen! Wir wussten es schon immer: Im Brüsseler Politbüro ist das Demokratieverständnis so ausgeprägt wie in Nordkorea.

Da wird über ein Verbot der NPD diskutiert. Dabei missachten und verhöhnen die EU und die Bundesregierung Recht und Gesetz in einem Maße, wie es die NPD selbst bei „bestem Willen“ niemals könnte. Verbieta lieber Brüssel, denn Deutschland allein hat genug und fleißigere Beamte, um sich selbst und vor allem preiswerter zu verwalten!

Schon 1997(!) prognostizierte Allen Greenspan, der damalige Präsident der amerikanischen Notenbank (FED): „Der Euro kommt, der Euro geht, er wird keinen Bestand haben.“ Und im Frühjahr 2013 erklärte der Finanzwissenschaftler und Regierungsberater des bundesdeutschen Finanzministeriums, Kai A. Konrad, dass der Euro vor dem Scheitern steht und es in fünf Jahren keinen Euro mehr geben wird. - Und deshalb fordern wir ganz „populistisch“ schon heute: „Wir wollen unsere D-Mark wiederhaben!“

Der (französische) Beutezug gegen Deutschland

Der deutsche Bundestag hatte seiner Selbstentmachtung mit den Stimmen der *SPD* (Sie Plündern Deutschland) und der Melonenpartei (außen grün, innen rot) noch nicht zugestimmt, da senkte der französische Präsident schon das Renteneintrittsalter auf 60 Jahre.

Wie schrieben einst die französischen Zeitungen? „Der Euro ist ein zweites Versailles. Deutschland wird zahlen!“ Wie Recht sie behalten haben! Deutschland zahlt - und bürgt auch noch, bis zum Bankrott seiner Bürger, pardon, Bürger.

In den zwanzig Jahren von 1991 bis 2011 trugen allein die Bundesbürger 45 % des gesamten Netto-Budgets der EU, insgesamt 250 Mrd. Euro, Geld, das hierzulande an allen Enden fehlt und jährlich wie Reparations- und Tributzahlungen dem Bürger abgepresst werden muß. Laut dem französischen Finanzminister soll Deutschland aber künftig zwischen 30 und 40 Mrd. Euro jährlich mehr entrichten, indem jedes Land künftig 10 % des verfügbaren Einkommens aller Beschäftigten an die EU abzuführen hat, während die Rückzahlungen sich an der Einwohnerzahl orientieren. Auf diese Weise soll der schwer erarbeitete wirtschaftliche Mehrertrag der deutschen Arbeitnehmer über noch höhere Steuern und Sozialabgaben (z. B. über die geplante EU-Arbeitslosenversicherung) an alle nichtdeutschen „Europäer“ umverteilt werden, insbesondere natürlich an Frankreich. Denn der französische Koloss wankt. Frankreich steht vor der größten Krise seit den 30er-Jahren.

Mittlerweile gehört auch Günstlingswirtschaft zum Geschäft: Von der EZB, verantwortlich der EZB-Chef Mario Draghi, Italiener, wurden italienische Staatsanleihen über 99 Mrd. Euro aufgekauft, im Gegensatz zu Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ohne jegliche Auflagen. Haften tut natürlich wieder in erster Linie Deutschland mit dem höchsten EZB-Anteil. Die europäische **ESM-Bank** (nach Kapital die mit Abstand größte Bank der Erde) ist im Endeffekt eine aus der Krise heraus trickreich konstruierte und teils mit großem Geschick und teils mit brachialer Gewalt errichtete **Plattform zur gigantischen Vermögensumverteilung**.

Das Vermögen der Bürger wird eingesammelt und sodann auf wenige superreiche Finanzkonzerne und Einzelpersonen dieser Welt verschoben unter aktiver Mitwirkung der Kanzlerin und des Finanzministers. Die ersten Auswirkungen sind zu spüren:

Armut verbreitet sich in Deutschland. Nach Meinung der Regierung Merkel ist jedoch Armut kein vordringliches Problem. Sicher nicht für Herrn Minister Schäuble, denn sein geheimes ESM-Gouverneursgehalt hält ihn gerade noch so über Wasser.

Der ESM ist die „gemeinsame“ Aufsicht Europas über die Deutschen zum Zwecke ihrer Ausbeutung. Der ESM, von uns, der FBU, auch *Europäischer Schulden-Mechanismus* genannt, soll unsere Steuern nicht nur an das Ausland, sondern ohne jede Auflage auch direkt an Banken zahlen dürfen! Fakt ist: Auch gegen die Stimme Deutschlands sollen sich die Nehmerländer *und ihre Banken* bei uns frei und unbegrenzt bedienen dürfen, so das skandalöse Vertragswerk.

Denn Deutschland stellt nur zwei Stimmen im EZB-Rat, obwohl es für 27,1 Prozent des Kapitals der Europäischen Zentralbank haftet, während auf drei Krisenstaaten, die nur mit 6,9 Prozent haften, schon vier Stimmen entfallen. So wird Deutschland einfach niedergestimmt. Auch im ESM-Rat kann Deutschland überstimmt werden. Der Rat besteht aus den 17 Finanzministern der Euro-Staaten und einem weiteren Vertreter des jeweiligen Landes. Zwar ist Einstimmigkeit erforderlich, aber zum Einen kann man Deutschland unter Druck setzen, zum Anderen reicht in „dringenden Fällen“ eine Mehrheit von 85 %, womit gerade die beiden deutschen Vertreter außen vor sind! So einfach ist es in der Realität, Deutschland platt zu machen.

Und so geschieht es auch, lieber Bürger! Und um die Falle für die Deutschen endgültig zuzumachen, bestimmt das Vertragswerk vorsorglich, das der ESM *unkündbar* ist!

Und jetzt soll auch noch ein allmächtiger nicht gewählter Executor über alle 27 nationalen Parlamente gestellt werden: der „EU-Währungskommissar“, der sodann einem Diktator gleich das wichtigste aller Gesetze eines jeden Landes, das Haushaltsgesetz verwerfen kann. Ein EU-Referendum darüber soll es nicht geben. Der europapolitische Sprecher der Unionsfraktion, Michael Stübgen, ließ die Frage unbeantwortet, warum er einerseits den Bürger für zu doof hält, um zentrale Sachentscheidungen zu treffen, andererseits aber als nicht zu dämlich, Menschen wie ihn zu wählen - !!! Ist das nicht paradox - ???

Die stetige Aufrechterhaltung der Krise durch den **Europäischen-Schröpf-Mechanismus (ESM)** dient in letzter Ebene dazu, **SIE und Millionen andere normale Bürger Europas auszuplündern** und diesen mechanischen Prozess möglichst stabil und ewig aufrecht zu erhalten. Die Devise des ESM lautet nicht: Alle Macht dem Volke. Nein! Sie lautet: Entmachtung des Volkes, Beseitigung der Demokratie, alle Macht nach Brüssel!

Paul Kirchhoff, Ex-Verfassungsrichter, warnt in Bezug auf den ESM: „Eine Instabilität des Rechts wiegt schwerer als eine Instabilität der Finanzen.“

Der Fiskalpakt ist tot!

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) vertritt 120.000 Unternehmen mit 1,1 Millionen Beschäftigten. Der BGA sieht den Zerfall der Euro-Zone nahen und schwört seine Unternehmen darauf ein, „sich auf den Ernstfall vorzubereiten.“

Für ganz Europa sollen der deutsche Arbeiter und der deutsche Steuerzahler bluten, für ein Fass ohne Boden. Die Deutschen müssen jetzt schon ihr Geld nach Brüssel tragen. Das Ansinnen ist noch unverschämter, als die Forderung, die Franzosen sollten ihre Atomwaffen an „Europa“ abgeben!

Noch schlimmer: Eine *Bundesbankstudie* ergab, daß, während die Deutschen zahlen, das Netto-Privatvermögen in den angeblich „armen“ Ländern wie Italien und Spanien drei- bzw. viermal so hoch ist als in Deutschland mit nur 51.400 Euro!!! Von wegen, uns ginge es doch gut. Den „Ärmsten“ geht es weit besser! Am reichsten sind die Luxemburger mit 398.000 Euro und die Zyprioten mit 267.000 Euro. Die Deutschen aber sollen zahlen. Sie werden zu Arbeitsbienen degradiert, denen man den Honig klaut und die man mit Zuckerwasser abspeist!

Unsere Kanzlerin hat auf der ganzen Linie versagt. Einseitig hat sie Zugeständnisse ohne Ende gemacht, während die andere Seite von Schuldenabbau nichts mehr wissen will.

Deutschlandradio, 20. April, nein, nicht Adolf Hitler: Aber auch nicht viel weniger erschreckend mußten wir Daniel Stelter von der Unternehmensberatung „Boston Consulting Group (berät Banken und Regierungen) vernehmen, daß **die Privatvermögen massenhaft belastet werden** dürften, um die Schulden der Staaten und Banken zu bezahlen, um „...auf diese Art und Weise die Party aufzuräumen...“ Während nicht der Euro, sondern nur die Milliardenvermögen der Zocker-Banken und der Superreichen gerettet wurden, lehnte Finanzen-Zerrüttungs-Minister Schäuble den Vorschlag, die Renten von Müttern leicht zu erhöhen mit der Begründung ab, daß das Geld für Griechenland benötigt werde (*Der Spiegel*, 52/2012, S. 18 ff.).

Aber der Herr Bundesfinanzminister dreht noch mehr am Rad, behauptet er doch allen Ernstes, daß die Bürger die Zahlungsfähigkeit ihrer Bank künftig regelmäßig selbst überprüfen sollen, wenn sie verhindern wollen, daß ihr Konto von Freitag auf Montag leergeräumt wird. Originalton Schäuble in der *Wirtschaftswoche* vom 22.04.2013: „**Die Beteiligung von Eigentümern, nachrangigen Anleihegläubigern und dann ungesicherten Anlegern** muß der Normalfall sein, wenn ein Finanzinstitut in eine Schieflage gerät.“

Vor dem Euro hatten wir ein friedliches Europa, heute ein Europa der massiven Arbeitslosigkeit, der Straßenschlachten, der gegenseitigen Anschuldigungen und länderübergreifenden Dauerkrise. Der Euro muss weg, er ist von einem harmlosen Tumor zu einem bösartigen Geschwür geworden, das mit (unserem) Geld nicht mehr zu heilen ist.

Liebe Leser: Recht und Freiheit muss man schützen, gegen die, die das Volk ausnützen!

Millionen deutsche Menschen, fleißig und sparsam, werden entwürdigt und entehrt! Wenn Ihnen das egal ist, lehnen Sie sich am Strand ganz bequem zurück und beobachten Sie bei strahlendem Sonnenschein in aller Ruhe den in die Bucht einlaufenden Finanz-Tsunami. Wenn nicht, zeichnen Sie und Ihre Freunde unter www.stop-esm.org.

Griechenland und kein Ende

„... Millionen und aber Millionen, die zur Verwirklichung von großen, dem ganzen Land nützenden Unternehmungen verwendet werden sollten, sind (in Griechenland) in ganz andere Taschen geflossen als die von Ingenieuren und Arbeitern... Alle diese Beträge gehen nun vielleicht ganz und gar verloren, wenn kein ernster Machtanspruch erfolgt... Man hat die geliehenen Summen in der Hauptsache zur Bestreitung der laufenden Staatsausgaben verwendet, die doch von den Steuerzahlern gedeckt werden müssen. Im modernen Hellas besteht aber der allerliebste Brauch, daß die Anhänger des jeweiligen Ministerpräsidenten und seiner Leute es als ein schönes Vorrecht betrachten, so wenig wie möglich, oder besser noch, gar keine Staatssteuern zu bezahlen... In Griechenland wird erst recht gestohlen auf Staatskosten. Um der liederlichen Wirtschaft ein Ende zu machen, kann nur eine strenge Finanzkontrolle helfen,... sonst ist alles Geld, welches Griechenland erhalten hat, total verloren... Schonung einem solchen Staat gegenüber üben zu wollen, ist freilich Torheit...“

So berichtete der „Schlei-Bote“ aus Kappeln bei Schleswig am 17. Mai 1897, also vor 116(!) Jahren.

Eurostat zufolge stieg die Staatsverschuldung in Portugal, Italien, Frankreich, Zypern und Spanien in 2012 weiter an. Insbesondere Spanien wird die Griechenlandkrise in den Schatten stellen, das Land gleicht einem Pulverfass vor der Explosion. Die Verschuldung Spaniens wächst **täglich um etwa 400 Millionen Euro**. Aus eigener Kraft kann das Land seine Schulden

nicht mehr beherrschen. Doch die EU-„Führer“ haben beschlossen, das Spanien auf dem Weg der Gesundung ist!!! Ja, so einfach geht das, wenn die „Führer“ es beschließen.

Vor diesem Ausblenden jeglicher Realität warnt die Weltbank: 2014 und 2015 werden 1.000 Milliarden Euro aus dem Finanzsektor zur Rückzahlung fällig. Bill Gross, der Direktor der Firma Pimco, dem weltgrößten Vermögensverwalter, erwartet, dass die Weltfinanzmärkte gleich einer „Supernova“ explodieren und verglühn werden. Als Begründung verweist er darauf, daß die Notenbanken Geld wie noch nie in die Märkte pumpen, wobei das „neu geschaffene Geld“ nur noch zur Bedienung alter Schulden verwendet wird. Das sei das Zeichen, daß das Schneeballsystem seinem Ende entgegengehe. Jedes weitere Aufschieben des großen Knalls verstärkt nur dessen Zerstörungskraft.

Die Stunde der Wahrheit kommt und sie wird, so die Experten, fürchterlich. Der Pimco-Chef erwartet den großen Knall eher bald, als in allzu weiter Ferne. Auch Philipp Bagus, Wirtschaftsprofessor an der Uni Madrid, sieht mit der europäischen Bankenunion den Volksbankrott auf die Deutschen zukommen: „... ist es das Ziel der Bankenunion, deutsche Steuergelder und Sparvermögen den Südbanken verfügbar zu machen..., um das angenehme Schuldenmachen, das Verzögern von Reformen, die Fehlinvestitionen in Prestigeprojekte und Sozialstaatswohltaten in Zukunft fortsetzen zu können.“

Deshalb, werter Leser, kaufen Sie Gold, jetzt ist es gerade günstig. Zumal die EU schon erwägt, ab 2014 den Erwerb von Silber, dem „Wertaufbewahrungsmittel des kleinen Mannes“, massiv zu besteuern, um der großen Masse der Bürger eine Flucht aus dem Euro-Geldsystem zu erschweren. Ferner erwägt die EU die Abschaffung des Bargeldes. Schon in Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland wurde der Bargeldverkehr sehr erschwert. Es geht dabei weniger um die Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption, als vielmehr um die lückenlose Kontrolle und um Zugriffsmöglichkeiten auf die Ersparnisse der europäischen Bürger.

Aus der Arbeit der FBU – LV Saar:

- Unser Bürgertreffen in Ensdorf findet künftig *anstelle des ersten Montags im Monat an jedem ersten Dienstag im Monat* statt, weil im Sturmwind neuerdings an jedem Montag Ruhetag ist.

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)

- **Klausurtagung 14. bis 16.06.2013** für die Völklinger Wahlkampfverantwortlichen.
- Kreisverband Saarbrücken: **Dienstag, den 25.06.2013** und am **Di., dem 13.08.2013**, 19 Uhr im Restaurant Trevi (Tel. 0681-9403891), Kaiserstr. 69, Saarbrücken, Ortsteil Scheidt. Parkplätze beim „Café“ *Steigleiter*, Ansprechpartner: A. Braun, Tel. 0681-817312.
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Dienstag im Monat** außer feiertags, 19 Uhr im Café Sturmwind (Tel. 06831-5121), Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf mit Herrn R. Rupp, Tel. 06831-3554.
- Kreisverband Völklingen: der **1. Mittwoch im Monat** außer feiertags, 19.30 Uhr **im Trimm Treff** (Tel. 06806-920803) beim Hallenbad Püttlingen, Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0177-2153613.

Kleinanzeige eines Mitglieds: Gesund, schlank, schön, erfolgreich! Erfolg macht glücklich. Beratung durch die glückliche Rita Sauer, Tel. 06838- 9779830.

Der politische Witz

Diesmal zu allerletzt, aber keinesfalls das Letzte: Eine politische Glosse, die dennoch keine ist. Sie finden sie zum Kopieren und Weitergeben auf der letzten Seite, hinter dem Impressum.

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

Heimseite, auch Bundesangelegenheiten: www.saar-fbu.de,

V.i.S.d.P.: Reinhold Rupp, Chefredakteur, Mail-Adresse: reinholdo1@gmx.de,
Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon und Fax: 06831-3554

Anschrift: FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 700

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Bankverbindung: FBU Saar, Sparkasse Saarbrücken, Konto Nr.: 29012655, BLZ: 59050101.

Redaktionsschluß für die *Stimme der Freiheit* 3/13 ist der 20.08.2013.

Bankverbindung: Sparkasse Saarbrücken, Konto 29012655, BLZ 59050101

- **Ansprechpartner für die Jugend:** Elias Friedrich, Tel. 0176-70582864

Der Staatssekretär vom Zeit-Geist-Ministerium warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit!

Endlich Sommerzeit = Urlaubszeit: Einmal Migrant sein!

Abgebrühte Naturen gönnen sich etwas Besonderes, einen Abenteuerurlaub... Hier haben wir eine interessante Alternative für Sie, und Sie brauchen nicht einmal Urlaubsgeld. Machen Sie mal einen Abenteuerurlaub als Migrant. Immigrieren Sie illegal in ein muslimisches Land.

Sorgen Sie sich nicht um Visa, internationale Gesetze, Immigrationsregeln oder ähnliche lächerliche Vorschriften. Sowie Sie angekommen sind, verlangen Sie sofort und bedingungslos einen Führerschein und eine Aufenthaltsgenehmigung. Betrachten Sie den Besitz dieser Dokumente als eine Rechtfertigung Ihrer illegalen Anwesenheit in diesem Land.

Fordern Sie von der örtlichen Behörde umgehend eine kostenlose Unterbringung sowie kostenlose medizinische Versorgung für sich und Ihre ganze Familie. Bestehen Sie darauf, daß alle Mitarbeiter bei der Krankenkasse saarländisch sprechen, und daß die Kliniken Ihr Essen nur so zubereiten, wie Sie es im Saarland gewohnt sind, z. B. Schwenker mit Dibbellabbes...

Falls man Sie gleich wieder ausweisen will, bestehen Sie sofort auf einem Anwalt und berufen Sie sich auf die internationalen Abkommen über Menschenrechte. Falls man Ihnen dann immer noch mit unverständlichen Paragraphen kommt, dann fordern Sie, daß alle Formulare und Dokumente ins Saarländische übersetzt werden. Bestehen Sie darauf, daß Beamte, Polizisten, Gerichte Sie höflich behandeln und respektieren, und daß Ihnen Anwälte und Dolmetscher kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Drohen Sie andernfalls mit Presse und Hungerstreik. Behalten Sie unbedingt Ihre saarländische Identität bei. Hängen Sie die Saarlandfahne aus dem Fenster und richten Sie für Ihre neuen Nachbarn ein Grillfest mit Schwenker und Bratwurst aus. Als Saarländer haben Sie ein Anrecht darauf, daß Ihnen das zuständige Sozialamt für Ihre kulturellen Anliegen dasselbe Verständnis wie in Deutschland entgegenbringt und Ihnen für Ihre nächste Lyoner-Party auch das Schweinefleisch für die Lyonerwurst bezahlt.

Auch die Übernahme der Kosten für die Taufe Ihres Neugeborenen in der nächstgelegenen christlichen Kirche dürfen Sie ungeniert verlangen. Und für die sich anschließende Feierlichkeit wird Ihnen Ihre neue Heimat gerne auch das dazugehörige saarländische Bier bezahlen, auch wenn für die Einheimischen 20 Peitschenhiebe darauf stehen. Weisen Sie Kritik an Ihrem Verhalten empört zurück, indem Sie ausdrücklich betonen: „Das hat mit meiner Religion und meiner saarländischen Leitkultur zu tun; davon versteht Ihr nichts“.

Sprechen Sie sowohl zu Hause als auch draußen nur Saarländisch und sorgen Sie dafür, daß sich auch Ihre Kinder daran halten. Fordern Sie für Ihren Bub in der Schule christlichen Religionsunterricht sowie gemeinsamen Schwimmunterricht mit den Mädchen, und für Ihren Jüngsten, daß im Kindergarten Nikolaus gefeiert wird und deutsche Weihnachtslieder gesungen werden. - Ebenso weisen Sie darauf hin, daß christlicher Religionsunterricht und saarländische Volksmusik unterrichtet werden müssen.

Ferner können Sie verlangen, daß öffentliche Hinweistafeln auch in saarländischer Sprache aufgestellt werden. - Zwar würden das die Pfälzer nicht tun, aber schließlich täte das auch Berlin für ausländische Migranten.

Falls Sie sich inzwischen zwei weitere Frauen angeschafft haben, steht Ihnen selbstverständlich auch die entsprechende Sozialhilfe zu. Verlangen Sie auch, daß sich Ihre gegen Ihr saarländisches Ford-Auto eingetauschten neuen Frauen nicht ver mummen müssen und keine Burka zu tragen haben. Lassen Sie sich nicht diskriminieren, bestehen Sie auf Ihr gutes Recht als Deutscher und verlangen Sie für alle Ihre Kinder Kindergeld.

Bestehen Sie darauf, daß in der Nähe Ihres Wohnortes eine Kirche gebaut wird, natürlich mit Glockenturm, hier Zwiebelturm, für Ihre vierte - aus Bayern zuziehende - Frau.

Falls man Ihnen Unverständnis entgegenbringen sollte, so verweisen Sie als Deutscher einfach auf die deutsche Einwanderungspraxis, bestehen auf Gegenseitigkeit im internationalen Recht und verlangen unbedingte Gleichbehandlung, sofortige Einbürgerung sowie die Tolerierung der doppelten Staatsbürgerschaft. Falls man Sie daraufhin zu 50 Peitschenhieben verurteilt, verlangen Sie, daß Ihnen die Justiz einen Migrantenbonus einräumt (wie bei sogenannten „Ehrenmorden“ in Deutschland) und Ihnen zugesteht, sich vor dem Strafvollzug ein Kissen auf den Rücken binden zu dürfen. - **Viel Glück dabei!**

Allerdings sollten Sie einkalkulieren, daß Ihr Urlaub etwas länger dauern könnte, falls man Sie mißversteht und versehentlich in einem Gefängnis vermodern läßt.

Aber bedenken Sie bitte: Wer kann anschließend schon von so einem erlebnisreichen Auslandsaufenthalt berichten und auch darüber, wie menschenwürdig und respektvoll Sie als deutscher Migrant behandelt wurden... Ob Sie dann allerdings noch Verständnis für das deutsche Einwanderungsrecht haben, wagen wir zu bezweifeln... Deshalb fordert die FBU, hierzulande das kanadische, alternativ das dänische Einwanderungsrecht zu übernehmen! PR